

Die Dekan:innen der Fachbereiche
FB 1: Bildungswissenschaften,
FB 2: Philologie/Kulturwissenschaften,
FB 3: Mathematik/Naturwissenschaften,
FB 4: Informatik
Universität Koblenz-Landau
Campus Koblenz
Universitätsstraße 1
56070 Koblenz

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
z. Hd. Herrn Staatsminister Hoch
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Offener Brief der Dekan:innen des Campus Koblenz an die Landesregierung zur Lücke von 90 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Koblenz

Sehr geehrter Herr Staatsminister Hoch!

Mit großer Freude haben wir vernommen, dass Sie zum Staatsminister für den Bereich Wissenschaft und Gesundheit ernannt wurden. Dazu gratulieren wir Ihnen ganz herzlich.

Wir erlauben uns, Ihnen gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit einen offenen Brief zu schreiben, da in den nächsten Wochen weitreichende, strukturelle Entscheidungen für unsere Universität bevorstehen, die ein schnelles Handeln erfordern.

Präambel — Die Neustrukturierung der Universität Koblenz-Landau

Gemäß dem Hochschulneustrukturierungsgesetz wird die Universität Koblenz-Landau zum 1. Januar 2023 getrennt, der Campus Landau wird mit der TU Kaiserslautern fusioniert und der Campus Koblenz wird verselbstständigt als die Universität Koblenz — diese, unsere Universität wird in der Lehrkräftebildung und den vier Profildbereichen Informatik, Bildung, Kultur und Vermittlung sowie Material und Umwelt forschen und lehren.

Teil 1 — Derzeitige Rahmenbedingungen an der Universität Koblenz

Durch die politisch gesetzten Rahmenbedingungen (Hochschulneustrukturierungsgesetz und Zukunftsvertrag) wurde der Spielraum der Hochschulautonomie soweit eingeschränkt, dass die Campusleitung Entscheidungen treffen musste, welche von einer zukünftigen Universität Koblenz — will sie denn nicht nur dem Namen nach eine Universität sein — nicht hingenommen werden können. Es geht hier um die derzeitigen Pläne für die finanzielle und personelle Ausstattung.

Die Zahl der Studierenden an der Universität in Koblenz hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. Die Lehrnachfrage ist also enorm, aber das Betreuungsverhältnis insbesondere in Bezug auf wissenschaftliche Mitarbeiterstellen ist (schon seit Jahren) im Vergleich zu den anderen Universitäten des Landes sehr schlecht. Dieser Mangel wird der Universität auch bei jeder Akkreditierung ihrer Studiengänge vorgehalten, da sich die Qualität des Studiums durch die weit unterdurchschnittliche finanzielle und personelle Ausstattung in einem kritischen Bereich bewegt.

Ab Ende 2022 würde sich dieser Mangel noch einmal signifikant verstärken, da nach den aktuellen Plänen das Rückgrat der universitären Lehre, nämlich die Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu brechen droht. Aufgrund der vom Land initiierten Trennung der Universität und anderer Faktoren soll ein großer Teil der für die Verstetigung des Hochschulpaktes vom Ministerium zugesagten 100 Stellen (die zum Erhalt der universitären Lehre gebraucht werden würden) für die eigenständige Verwaltung und universitäre Infrastruktur in Koblenz eingesetzt werden, sodass dadurch nur insgesamt 30 Stellen in Forschung und Lehre für alle vier Fachbereiche verbleiben. Da zeitgleich alle bisher durch den Hochschulpakt finanzierten, befristeten Stellen wegfallen, wird die neue Universität Koblenz zum Start am 1.1.2023 weniger als 50% der heute in der Lehre tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufweisen.

Teil 2 — Geplante Maßnahmen an der Universität Koblenz

Um die Lehrkapazität dennoch zu erhalten, ist die Campusleitung derzeit gezwungen, auf problematische Maßnahmen zurückzugreifen: **Hochdeputatsstellen und Lehraufträge für die grundständige Lehre**. Bevor wir diese Maßnahmen genauer darstellen, wollen wir die wichtigsten *Konsequenzen* und unsere *Besorgnis* voranstellen:

Weitere, drastischere Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses von Lehrenden und Studierenden. Forschungsorientierte Lehre kann praktisch nicht mehr stattfinden. Systematische und dauerhafte Auslagerung der regulären Lehre auf „externe“ Lehrbeauftragte in großem Umfang. Dies ist aus unserer Erfahrung in diesem Umfang für die grundständige Lehre nicht umsetzbar.

Wie sehen die geplanten Maßnahmen im Einzelnen aus?

1. Maßnahme „Hochdeputatsstellen“: Bis auf eine halbe befristete Stelle pro Professur sollen flächendeckend alle, auch bereits bestehende wissenschaftliche Mitarbeiterstellen (WiMi), in Hochdeputatsstellen mit 16 Semesterwochenstunden (SWS) für sog. Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA) umgewandelt werden. LfbA-Stellen sind laut §58 HochSchG für Tätigkeiten zur Vermittlung praktischer Fertigkeiten (z.B. im künstlerischen, musischen oder sprachpraktischen Bereich) einzusetzen, deshalb lehren sie mindestens doppelt soviel wie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die forschungsorientierte Lehre und Forschung leisten sollen. Unserer Ansicht nach handelt es sich damit um einen missbräuchlichen Einsatz von Lehrkräften für besondere Aufgaben (LfbA) an einer Universität.

2. Maßnahme „Lehraufträge für grundständige Lehre“: Die – zum Teil erheblichen – kapazitären Lücken, die dann noch bestehen, werden zwangsweise in Lehraufträge umgewandelt. Lehraufträge werden an einer Universität an externe, qualifizierte Personen vergeben, die gerne an der Universität lehren möchten und dafür eine (beschämend niedrige) Aufwandsentschädigung erhalten. Nach §63 HochSchG sind Lehraufträge zur Ergänzung und in begründeten Fällen zur Sicherstellung des Lehrangebots vorgesehen. Sie sind nicht dafür gedacht, die reguläre Lehre abzudecken. Insbesondere durch die extrem niedrige Entlohnung von Lehraufträgen wird es für viele Fächer nicht möglich sein, Lehraufträge im geplanten Umfang, vor allem aber in der notwendigen Qualität realisieren zu können. Auch ist es grundsätzlich fragwürdig, an einer Universität bis zu 20% der regulären Lehre nicht durch hauptamtliches Personal, sondern durch Lehraufträge abdecken zu müssen. Man stelle sich die Reaktion der Elternschaft auf eine ähnliche Vorgehensweise an Schulen vor!

Fazit: Faktisch laufen diese Maßnahmen darauf hinaus, einen steigenden Lehrbedarf in Koblenz mit einer noch geringeren Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als bisher zu bewältigen, indem Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Lehraufträge zweckentfremdet und die Kapazitäten für Forschung und forschungsorientierte Lehre drastisch reduziert werden.

Teil 3 — Formulierung des universitätsangemessenen Bedarfs an der Universität Koblenz

Durch diese der mangelnden Personalausstattung geschuldete Kombination aus starker Erhöhung der Hochdeputatsstellen und vermehrten Lehraufträgen für die grundständige Lehre würde die Universität Koblenz zu weit unter einen Standard von sowohl Universitäten als auch Pädagogischen Hochschulen fallen, um ein Funktionieren der Forschung und der forschungsorientierten Lehre in den vier Profildbereichen der Universität mittelfristig noch erwarten zu können. In dieser Personalstruktur ist auch die Akkreditierung aller angebotenen Studiengänge in der Zukunft gefährdet, da die an Universitäten (gerade auch in lehrerbildenden Studiengängen!) gebotene und geforderte forschungsbasierte Lehre nicht glaubhaft dargestellt werden kann.

Die vier Koblenzer Fachbereiche haben gemeinsam errechnet, dass die Realisierung einer gleichbleibenden Lehrkapazität mit für Universitäten normalen Mitarbeiterstellen (8 SWS) und auch der Verwendung von sogenannten Qualifizierungsstellen (4 SWS) in einem gewissen Umfang einen Mehrbedarf von mindestens 90 Stellen für den Kernbereich universitärer Forschung und Lehre ausmachen würde, die zu den für den Wissenschaftsbereich zugesagten 30 Hochschulpaktverstetigungen hinzukommen müssten. Dies entspricht einem zusätzlichen Finanzierungsaufwand von ca. 7 Mio. Euro pro Jahr. Das klingt nach viel Geld. Doch selbst wenn man diesen Betrag der Grundausstattung der zukünftigen Universität Koblenz hinzurechnet, läge ihr Haushalt im Vergleich zu anderen Universitäten in RLP immer noch unterhalb des Landesdurchschnitts!

Abschluss — Die für Koblenz und die Region zu vermeidende Entwicklung

Die Lehrenden an der Universität in Koblenz sind der Meinung, dass die Zweckentfremdung von Lehrkräften für besondere Aufgaben und Lehraufträge kein tragfähiges Konzept für die zukünftige Universität sein kann. Eine massive Erhöhung der Lehrbelastung bei gleichzeitigem Einfrieren der personellen Ausstattung über Jahre – das kann nur auf eine Verschlechterung der Lehre, der Forschung und des Wissenschaftsstandortes insgesamt hinauslaufen.

Wir befürchten die folgenden Konsequenzen für die Universität, aber auch die Region und den Wissenschaftsstandort Koblenz, wenn zum 1.1.2023 keine zusätzliche Finanzierung der für Forschung und Lehre notwendigen 90 zusätzlichen Stellen gelingt:

Zu vermeidende Konsequenzen im Kontext der Lehre:

- Scheitern von Studiengängen bei der Akkreditierung
- Engpässe in der Lehre durch erfolglose Einwerbung der vielen Lehraufträge
- Engpässe in der Betreuung der Abschlussarbeiten
- Unzureichender Umfang an forschungsorientierter Lehre
- Sinken der Qualität in Studium und Lehre
- Verschlechterung der Studienbedingungen
- Gefahr sinkender Studierendenzahlen

Zu vermeidende Konsequenzen in Bezug auf die Forschung:

- Abnehmende bis fehlende internationale Konkurrenzfähigkeit der Uni
- Verschlechterte Bedingungen für Forschungs- und Drittmittelanträge
- Wegfall der Kapazitäten für strukturierte Forschungsprogramme
- Abwanderung von Professor-/Wissenschaftler:innen
- Unbesetzbarkeit offener Stellen für Professor-/Doktorand:innen

Als Folge der aktuellen Planung der Ausstattung der Universität droht aus unserer Sicht daher eine Abwärtsspirale, einhergehend mit dem Verlust der Attraktivität von Koblenz als Universitätsstadt. Dies muss unbedingt aufgehalten werden.

Wir fordern daher die dauerhafte Finanzierung von weiteren 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bereich Forschung und Lehre in den vier Fachbereichen. Diese Forderung ist essentiell für die Universität, die Stadt und die Region. Ein Lösung für dieses Problem muss gefunden und ein klar strukturierter Aufbaupfad festgeschrieben werden. Nur eine solche Kraftanstrengung wird eine echte Zukunft der Universität Koblenz – als Universität – garantieren.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Hoch, wir wissen, dass die gegenwärtige Situation eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellt. Wir gehen diesen Weg eines offenen Briefes, da wir durch die unmittelbar bevorstehenden, einschneidenden Entscheidungen besorgt um die Universität Koblenz sind. Wir hoffen auf eine Lösung und freuen uns darauf, mit Ihnen die Zukunft der Universität Koblenz gemeinsam zu gestalten.

Koblenz, 26. Mai 2021

Die Dekan:innen der Koblenzer Fachbereiche



Prof. Dr. Claudia Quaiser-Pohl, Dekanin FB1: Bildungswissenschaften



Prof. Dr. Prof. Dr. Wolf-Andreas Liebert, Dekan FB2: Philologie / Kulturwissenschaften



Prof. Dr. Wolfgang Imhof, Dekan FB3: Mathematik / Naturwissenschaften



Prof. Dr. Ralf Lämmel, Dekan FB4: Informatik

Der Brief der Dekan:innen wird von folgenden Professor:innen des Campus Koblenz unterstützt:

Prof. Dr. Andreas Ackermann	Prof. Dr. Jochen Lange
apl. Prof. Dr. Helga Arend	Jun.-Prof. Dr. Markus Linnemann
Prof. Dr. Michaela Bauks	Dr. Patrick Löffler (Vertretungsprof.)
Prof. Dr. Jürgen Boomgarten	Prof. Dr. Werner Manz
Prof. Dr. Thomas Burkhardt	Prof. Dr. Nicole Maruo-Schröder
Prof. Dr. Heike de Boer	Prof. Dr. Andreas Mauthe
Prof. Dr. Patrick Delfmann	Prof. Dr. Michael Meyer
apl. Prof. Dr. Hajo Diekmannshenke	Prof. Dr. Eva Neidhardt
Prof. Dr. Oliver Dimbath	Prof. Dr. Stefan Neuhaus
Prof. Dr. Jürgen Ebert	Prof. Dr. Norbert Neumann
apl. Prof. Dr. Martina Endepohls-Ulpe	Prof. Dr. Susanne Niemeier
Prof. Dr. Christian Fischer	Prof. Dr. Lina Oravec
Prof. Dr. Eberhard Fischer	Prof. Dr. Dietrich Paulus
Prof. Dr. Klaus Fischer	Prof. Dr. Peter Pottinger
Prof. Dr. Hannes Frey	Prof. Dr. Peter Quirnbach
Prof. Dr. Thorsten Fuchs	Prof. Dr. Silke Rathgeber
Prof. Dr. Christian Geulen	Prof. Dr. Bernd-Christian Renner
Prof. Dr. Jürgen Goldstein	Jun.-Prof. Dr. Dennis Riehle
Prof. Dr. Thomas Götz	Prof. Dr. Peter Rödler
Prof. Dr. Matthias Gouthier	Prof. Dr. Manfred Rosendahl
Prof. Dr. Rüdiger Grimm	Prof. Dr. Ulli Roth
Prof. Dr. Karin Gruber	Prof. Dr. Uta Schaffers
Prof. Dr. Felix Hampe	Prof. Dr. Otto J. Schantz
Prof. Dr. Diana Hanke-Boer	apl. Prof. Dr. Thomas Schneider
Prof. Dr. Karin Harbusch	Prof. Dr. Joachim Scholz
Prof. Dr. Werner Hechberger	Prof. Dr. Petra Schubert
Prof. Dr. Corinna Herr	Prof. Dr. Rainer Schwindt
Prof. Dr. Michael Hinze	Prof. Dr. Viorica Sofronie-Stokkermans
Prof. Dr. Nicole Hoffmann	Jun.-Prof. Dr. Pamela Steen
Prof. Dr. Matthias Jung	Prof. Dr. Bernhard Stier
Prof. Dr. Jan Jürjens	Prof. Dr. Ludwig Tavernier
Prof. Dr. Angela Kaupp	PD Dr. Matthias Thimm (Vertretungsprof.)
Prof. Dr. Ina Kerner	Prof. Dr. Peter Ullrich
Prof. Dr. Petra Kindhäuser	Prof. Dr. Wiebke Waburg
Prof. Dr. Michael Klemm	Prof. Dr. Susan Williams
apl. Prof. Dr. Jochen Koop	Prof. Dr. Maria Wimmer
Prof. Dr. Bernhard Köppen	Jun.-Prof. Dr. Fabian Wolff
Prof. Dr. Harald von Korflesch	Prof. Dr. Eva Lia Wyss
Jun.-Prof. Dr. Tobias Krämer	Prof. Dr. Dieter Zöbel
Prof. Dr. Jens-Oliver Krüger	